

An die Vorsitzende
des Jugendhilfeausschusses
Frau Kristel Bendig und
den Vorsitzenden des BKSS
Herrn Dr. Wolfgang Miede
Rathaus Bergisch Gladbach

51465 Bergisch Gladbach

, den 24. März 2009

Antrag der CDU-Fraktion für die Ausschüsse JHA und BKSS für eine vernetzte kommunale Bildungslandschaft

Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept einer vernetzten kommunalen Bildungslandschaft unter Beteiligung aller Akteure, insbesondere der Schulen, der Vielzahl Freier Träger und der Familien, zu entwickeln und Schritte zu seiner Umsetzung aufzuzeigen. Bei der Konzeptentwicklung soll die Verwaltung auch konstruktiv die Schnittstellen zum Bildungsnetzwerk des Rheinisch-Bergischen Kreises einbeziehen.

Als Zielperspektiven für dieses Konzept werden vorgegeben:

- Allen jungen Menschen soll eine bestmögliche Entwicklung ihrer Persönlichkeit und Kompetenzen sowie die volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.
- Es wird angestrebt, dass niemand die Schule ohne Abschluss verlassen soll.
- Die Übergänge zwischen den verschiedenen Stufen und Formen der Bildung sollen verbessert werden.
- Die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen sollen entscheidend verbessert werden.

Begründung:

Innerhalb Bergisch Gladbachs nehmen bislang verschiedene Akteure Aufgaben von Bildung, Erziehung und Betreuung wahr, um die sozialen, emotionalen und schulischen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Es ist daher unerlässlich, dass sich Schule und Jugendhilfe darauf verständigen, eine gemeinsame Konzeption dahingehend zu entwickeln, dass eine bestmögliche Entwicklung der jungen Menschen gewährleistet ist. Das Bildungsangebot muss nicht nur vielseitig, sondern hinsichtlich unterschiedlicher Zielgruppen nach Alter, Geschlecht, Einzugsbereich und sozialer Herkunft ausgerichtet sein. Die Förderung gelingt am besten, wenn alle Beteiligten gleichberechtigt und aufeinander abgestimmt ihre Aufgaben wahrnehmen und auf das Ziel einer ganzheitlichen Bildung hin arbeiten.

Unverzichtbar ist Bildungsförderung bereits im Elementarbereich. Wie bedeutsam die ersten Lebensjahre für die Bildung sind, ist spätestens seit der Diskussion um


Sprachkompetenz allgemein bekannt. Deshalb müssen Eltern in dieser Verantwortung auch in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder begleitet und dazu befähigt werden. Dabei ist die Arbeit der öffentlich geförderten Kindertagesstätten für den Übergang zur Grundschule unverzichtbar.

In der Offenen Ganztagsgrundschule bedarf es eines guten Zusammenspiels zwischen der Schule und der Vielzahl der Jugendhilfeträger. Dabei ist auch die Schule als bedeutender Bildungsträger nicht nur darauf angewiesen, die außerunterrichtlichen Bildungsangebote zu nutzen, sondern sie abgestimmt in ihr pädagogisches Konzept zu integrieren.

Vor dem Hintergrund einer sich in der Entwicklung befindlichen Landschaft der Offenen Ganztagschule sowohl für den Elementar- als auch den Sekundarbereich müssen deshalb die Mindeststandards untereinander abgestimmt werden. Um diese ganzheitliche Bildung – einschl. Kultur-, Sport- und Jugendarbeit – optimal leisten zu können, werden Plattformen benötigt, bei denen alle Beteiligten ihren Bedarf an Bildung, Erziehung und Betreuung erörtern und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Die Qualität der Lösungen wird umso höher sein, je stärker Synergieeffekte genutzt werden können.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass bei der Förderung der Bildungskarriere zu bedenken ist, dass die Fähigkeiten junger Menschen eines Tages in die Erwerbsarbeit einmündet, so dass sie an dieser oft schwierigen Schwelle nachhaltig zu begleiten sind. Dies ist gemeinsam durch alle Beteiligten (Schulen, Betriebe, Jugendhilfe etc.) weiterzuentwickeln.


Mechtild Münzer
Jugendpolitische Sprecherin


Elke Lehnert
stellv. Fraktionsvorsitzende